

LinksDruck

Zeitung der Partei DIE LINKE. in Lippe | Nr. 01, 03-2011

Ich wollt ich wär 'ne Bank



Der größte Teil der Menschen in Deutschland verdient heute unterm Strich weniger als im Jahr 1990. Im Verhältnis zum rasanten Anstieg der Produktivität sinkt der allgemeine Lebensstandard. Arbeitslosigkeit, Ausweitung des Niedriglohnssektors und der Leiharbeit, Verschuldung und Insolvenzen prägen die Situation in vielen Haushalten und Familien. Kein Auskommen mit dem Einkommen.

In den lippischen Städten und Gemeinden türmen sich die Haushaltsdefizite. Trotz des Griffes in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger ist eine echte Besserung nicht in Sicht. Die Gemeindefinanzierung reicht hinten und vorne nicht. Für einen guten Lohn, eine menschenwürdige Grundversicherung und eine auskömmliche Finanzierung der Städte der Städte und Gemeinden sei kein Geld da, erzählen uns die Regierenden. Denn „wir da unten“ seien nicht

„systemrelevant“. „Nicht systemrelevant“ – das bedeutet soviel wie: Ihr kleinen Leute in den Kommunen seid bedeutungslos für unser Gesellschaftssystem. Kann man die menschenverachtende Einstellung der herrschenden politischen Klasse besser auf den Punkt bringen? Bedeutung haben für die Regierenden nur die Banken und Konzerne und ihre Profite. Wird für sie die Lage ungemütlich, können sie „unter den Rettungsschirm schlüpfen“. Dafür wurde praktisch

über Nacht eine halbe Billion Euro zur Verfügung gestellt. Wer den Bürgerinnen und Bürgern sagt, es sei kein Geld da, lügt gewissenlos. Richtig ist: Für uns „kleine Leute“, für Städte und Gemeinden, für die Lebensqualität im Gemeinwesen, gibt es kein Geld. Aber es ist genug da. Die Regierenden verteilen es an „systemrelevante“ Zocker, Spekulanten und Versager.

Deshalb steht DIE LINKE für eine andere Politik. „Menschen vor Profite!“ ist für uns kein Schlagwort, sondern eine Anleitung zum Handeln. In den lippischen Stadt- und Gemeinderäten, im Kreistag ebenso wie in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Gemeinsam mit Ihnen, liebe Leserinnen und Leser! Fordern Sie uns heraus! Werden Sie aktiv! Machen Sie mit! (gd)

Themen dieser Ausgabe

Senne

Angekündigter Abzug der Briten erfordert endlich Taten! Stattdessen: Große Koalition der Zaghafte. Auf **Seite 2**

Bildung

„Inklusive Schule“ - Wie soll denn das funktionieren? - Auf **Seite 6**
Die Bildungsrepublik zieht an Lage vorbei. DIE LINKE fordert Eine Schule für alle! - Auf **Seite 5**
DIE LINKE. Horn-Bad Meinberg ist gegen's Turbo-Abitur. - Auf **Seite 9**

Senioreneinrichtungen

DIE LINKE kritisiert die grünen Schoßhocker. Gesundheitsholding macht das Personal arm und die öffentlichen Kassen leer. Auf den **Seiten 4 und 5**

Kommunale Haushalte

Warum wir die Annahme des Sparpakets verweigern. Auf **Seite 11**

Warum (nicht nur) die Stadt Lemgo ein Einnahmeproblem hat. Auf **Seite 10**

Was Jugendlichen in Bad Salzuflen fehlt. Auf **Seite 7**

Flüchtlinge

Wie Heimat mehr als nur ein Ort ist und warum endlich was passiert in der Detmolder Flüchtlingspolitik. Auf den **Seiten 12 und 13**

Linksjugend gegen Neonazis

Zur neuen Kleiderordnung der Faschos und warum Neonazis mit Blockaden am Marschieren gehindert werden müssen. Auf **Seite 14**

Erwerbslose

Dilettantismus und Gesabbel ohne Ende – 6 Jahre Hartz IV. Auf **Seite 16**

Zur Fälschung der Arbeitslosenstatistik.

Auf Seite 12

Warum die Landesförderung für Erwerbslosenberatung und Arbeitslosenzentren nicht ausreicht. Auf **Seite 3**

LINKE im Kreis und im Landtag einig:

Angekündigter Abzug der Briten erfordert endlich Taten!

Düsseldorf 30.11.2010 Zum angekündigten Abzug der britischen Truppen hatte die Fraktion DIE LINKE. im Düsseldorfer Landtag eine Kleine Anfrage an die Landesregierung eingebracht. In ihrer Antwort bestätigte die Landesregierung ein weiteres Mal, dass die Errichtung eines Nationalparks „auf Basis des Landtagsbeschlusses von 2005 wieder anzustoßen und voranzutreiben“ sei. Die Kreistagsgruppe DIE LINKE. Lippe will darüber hinaus: Sie will erreichen, dass den vielfältigen Erklärungen der letzten Wochen nun endlich Taten folgen.

Daher hatte DIE LINKE. einen Antrag auf Kündigung der Vereinbarungen mit den Briten formuliert, für den sie auf Unterstützung durch die Fraktionen im Kreistag hoffte.

Evelin Menne, umweltpolitische Sprecherin der Kreistagsgruppe: „Wir fordern mit unserem Antrag die Landesregierung auf, die Vereinbarung über den Schutz von

Natur und Landschaft‘ sowie die ‚Gebietsspezifische Vereinbarung‘ fristlos zu kündigen, wie es im Artikel 11, Absatz (2) bei der Beendigung der militärischen Nutzung durch die Briten vorgesehen ist. Nur so kann die für eine alternative Nutzung als Nationalpark notwendige Handlungsfreiheit wieder hergestellt werden.“

Mit einer Überleitungsvereinbarung, die im Gegensatz zu den bisher geltenden Vereinbarungen die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt, können dann, so Menne weiter, die Bedingungen für eine stufenweise Rückgabe des Gebietes genauer definiert werden. Es gilt, durch diese Maßnahme Schäden abzuwenden, die bei der jetzigen Nutzung entstehen, z. B. durch den Bau der Kampfdörfer und die dadurch verstärkte Verdichtung des Bodens.

„Wir haben die Fraktionen im Kreistag um Unterstützung gebeten. Unverbindliche Erklärungen hat es genug gegeben, jetzt muss endlich ‚Butter bei die Fische‘. Unsere Landtagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag an die Landesregierung gestellt.“, fährt Menne



Özlem-Alev Demirel, kommunalpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE.NRW

fort. „SPD und Grüne wollten sich jedoch hierzu nicht positionieren.“

Auch die LINKE Bundestagsfraktion hat bei der Bundesregierung zu diesem Thema angefragt. Klare Antworten sind von dort zurzeit nicht zu bekommen. Die Briten werden aber wohl erst im Mai Zeitangaben zu ihrem Abzug machen. Für die Nachnutzung werden die Kommunen demnach durch eine Konversionsvereinbarung mit einbezogen, für die Einrichtung eines Nationalparks das Land NRW als Verantwortliche benannt. Die Kleine Anfrage mit der Antwort der Landesregierung finden Sie unter: www.bit.ly/landreg Anträge auf Kündigung der Vereinbarungen mit den britischen Truppen finden Sie hier: www.bit.ly/BritTrup«



Kein Weihnachtsgeschenk an Aktionsbündnis Senne und Naturschutzverbände

Große Koalition der Zaghafte Grüne kneifen. SPD sowieso.

Fast hätte das Christkind zwischen dem 13. und dem 16. Dezember 2010 bitterlich geweint. Es konnte weder den FriedensaktivistInnen im Kreis und im Lande noch den NaturschützerInnen und erst recht nicht den SenneanwohnerInnen das erhoffte Geschenk bringen.

Allerdings hätte Knecht Ruprecht öffentliche Überstunden machen müssen, denn die OWL-Grünen konnten durch ihre Haltung zu den Senne-Vereinbarungen eindeutig der Wahlkampfplüge überführt werden. So konnte sich Sigrid Beer fast exakt ein Jahr, bevor sie ihren friedens- und umweltpolitischen Offenbarungseid ablegen musste, noch durchaus angemessen kritisch zu den Vereinbarungen mit den britischen Truppen äußern. Und das,

obwohl damals von einem Truppenabzug der Briten noch nicht wirklich ernsthaft die Rede war.

Zitat Sigrid Beer: „Einigkeit besteht dagegen bei allen Naturschutzverbänden, dass die Rahmenvereinbarung keinen auch nur ausreichenden Schutz für die Senne bieten kann. Einigkeit besteht weiter bei allen Naturschutzverbänden, dass die erwähnte Vereinbarung fachlich nicht zu akzeptieren ist. Und Einigkeit besteht beim Naturschutz im Unverständnis

über den Alleingang der Behörden, die die fachliche Unterstützung durch die anerkannten Verbände nicht wollten.“

Aus der Opposition heraus und im Wahlkampf fällt es bekanntlich leicht, die Politik der Herrschenden zu kritisieren. Auch die lippischen Grünen, übten sich im Wahlprogramm noch in solcherlei Lippenbekanntnissen:

„Seit über einem Jahr plant die britische Rheinarmee, den 112 km² großen Truppenübungsplatz Senne er-

heblich intensiver und für Jahrzehnte weiter nutzen zu wollen mit zusätzlich geplanten Bauten (Kampfdörfern).

Dafür setzten wir uns ein:

- Keine Kampfdörfer
- Einstellung der militärischen Nutzung und Übergang in einen Nationalpark
- Zuständigkeit etwaiger Genehmigungsverfahren beim Kreis Lippe“

Alles das, was Sie da fordern, wäre doch nach der Kündigung machbar, liebe Frau Beer, lieber Herr Loke!

Aber wohl nicht, solange die grüne Basis weiterhin hasenherzig stille hält, und ihre MandatsträgerInnen um der Regierungsmacht und diverser Pfründe willen gewähren lässt.

Geradezu kleinlaut kam statt dessen im Kreistag das Argument Lokes, dann könne man ja auch gleich aus der NATO austreten.

Tja, noch ein Eigentor, denn auch das war mal eine grüne Forderung, als die grüne Partei noch eine Friedenspartei war.«

Auswirkungen der Landesförderung für Erwerbslosenberatung und Arbeitslosenzentren: Bisherige Kostenträger und Kreis Lippe ziehen sich aus der Verantwortung

Förderanträge genehmigt, Beratungszeiten gekürzt!

Oktober 2010: In einem Anschreiben des NRW-Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) an die Bezirksregierungen und Regionalagenturen hieß es im ersten Satz zunächst ganz verheißungsvoll: „Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat entschieden, eine trägerunabhängige qualitätsgesicherte Erwerbslosenberatung und Arbeitslosenzentren zu fördern.“

Schon die Fristsetzung zur Antragstellung, die von den Einrichtungen eingehalten werden musste, war dann äußerst kurz bemessen.

Dadurch wurde es für die AntragstellerInnen notwendig, Hals über Kopf und in unglaublicher Eile ihre Anträge zu erstellen. Wie auch immer, mit viel Einsatz wurde Ende Oktober an den Anträgen gestrickt und alle vier lippischen Einrichtungen konnten die Vorgaben einhalten. Daraus ergab sich zudem zwingend eine Kooperation von AhA Detmold mit dem Salzufler AWB. Beide Einrichtungen haben nun gemeinsam den Antrag auf Finanzierung einer Erwerbslosenberatungsstelle bewilligt bekommen. Hierbei teilen sich die Detmolder und die Salzufler eine Stelle. So wird in Detmold zukünftig nur noch im Umfang von 15 Wochenstunden Beratung möglich sein. In Salzufler

wird die halbe Stelle für das Projekt „Horizonte“ zur Verfügung stehen, dessen EU-Förderung zuvor ausgelaufen war. Dort können ab sofort Flüchtlinge Sprachförderung und Unterstützung erhalten. In Blomberg wird das Erwerbslosenzentrum weiter finanziert, und in Lemgo ebenfalls. Allerdings ist zurzeit noch nichts darüber bekannt, ob dies auch weiterhin in der Regie des Friedensbüros laufen wird.

Besonders in den ländlichen Kreisen wie hier in Lippe sind mehrere Standorte aber zwingend notwendig, damit die Rat suchenden nicht durch den schlechten öffentlichen Nahverkehr und hohe Fahrtkosten daran gehindert werden, qualifizierte unabhängige Beratung wahrzunehmen. Eine einzige Beratungsstelle im ganzen Kreisgebiet reicht einfach nicht aus.

Darüber hinaus verlangt die

Landesregierung finanzielle Eigenleistungen, die jedoch gerade die kleinen Träger nicht aufbringen können.

Evelin Menne, Mitglied für DIE LINKE im Sozialausschuss des Kreises Lippe, stellt fest:

„Mit diesen Bedingungen werden gerade die unabhängigen Beratungsstellen von vornherein ausgedeutet.“

Bei AhA Detmold besteht nun z. B. konkret eine Unterfinanzierung. Die 20 % Eigenanteil, die von der Landesregierung als Voraussetzung für die Förderung verlangt werden, konnten bisher nur durch die zusätzlichen, unregelmäßigen Mittel vom Kreis (über die Gelder der Sparkassenstiftung) bzw. vom Netzwerk Lippe, bzw. durch Kirchenkollekten aufgebracht werden.

Nunmehr lehnen sich alle zurück und fühlen sich nicht mehr zuständig. Meine Fragen im letzten Sozialausschuss ergaben klar, dass der Kreis Lippe keinerlei Anlass für eine weitere Unterstützung sieht.“

Die Kreistagsgruppe DIE LINKE ist entschlossen, im Sozialausschuss des Kreises nachzuhaken: „Für uns ist klar, dass der Kreis

Lippe eine dauerhafte Förderung der Erwerbslosenberatung gewährleisten muss. Einerseits muss die nun bestehende Unterdeckung der notwendigen Eigenfinanzierung für alle AntragstellerInnen ausgeglichen werden. Andererseits muss der Kreis Lippe sicherstellen, dass weiterhin wenigstens 30 Stunden Beratungszeit in Detmold geleistet werden.“

DIE LINKE im Kreistag wird das Thema weiter verfolgen. Sie erwartet, dass Mittel und Wege gefunden werden, damit wenigstens die Finanzierung der Eigenleistungen sichergestellt wird. Menne sieht Politik und Verwaltung in der Pflicht:

„Die SPD hat auf das dringende Unterstützungsgesuch der Erwerbslosenberatung - erwartungsgemäß - keine Reaktion gezeigt. Zum nächsten Sozialausschuss werden wir daher eine Anfrage vorbereiten. Damit allein ist es aber nicht getan. Wir erwarten Unterstützung durch die Gremien und die Verwaltung, damit die Erwerbslosenberatung in Lippe weiterarbeiten kann. Mit einer bloßen Ablehnung von Anträgen der LINKEN im Kreistag ist doch niemandem gedient.“

Nach den Kommunalwahlen – LINKE Politik ist in Lippe selbstverständlich geworden!

Sozial - auch nach der Wahl: DIE LINKE. Lippe ist nicht nur in Wahlkämpfen mit vielen Aktionen und Infoständen im lippischen Straßenbild vertreten

Nun ist DIE LINKE seit September 2009 auch in Lippe in verschiedenen politischen Gremien vertreten. Grund genug für eine erste Bilanz.

Wir können nicht die Politik in den Kommunen bestimmen, verändern können wir sie durchaus. Wie überall im Land legt DIE LINKE, den Finger auf Missstände. Wir treten ein für soziale und ökologische Gerechtigkeit, für Minderheiten, für die Interessen von ArbeitnehmerInnen, für Frieden und mehr Mitbestimmung.

So konnten wir für wichtige Impulse in der Naturschutz- und

Friedenspolitik und in der Bildungspolitik sorgen. Wir sind in Lippe außerdem die einzige Stimme gegen unsoziale Sparmaßnahmen.

Die Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen. Von dem, was uns seit den Kommunalwahlen politisch bewegt hat, wollen wir euch und Ihnen mit dieser Erstausgabe einer LINKEN Zeitung in Lippe Eindrücke vermitteln. Auch wenn uns die Mehrheiten in den Gremien noch fehlen, wir zwingen die anderen, sich zu positionieren. Das ist besonders am Beispiel Senne und in der Detmolder Flüchtlingspolitik deutlich geworden.



Redebeitrag von KTM Berndt Wobig zum Beschluss des Kreistags vom 4. Oktober 2010

Die Gesundheitsholding macht das Personal arm und die öffentlichen Kassen leer

Der lippische Kreistag hat im Oktober mit Hilfe der meisten SPD-Fraktionsmitglieder die Gründung der Gesundheitsholding Lippe GmbH beschlossen. In ihr sollen die Klinikum Lippe GmbH, das GPZ sowie die Senioreneinrichtungen des Kreises Lippe unter einem Dach zusammengefasst werden. Die Gewerkschaft ver.di, die Personalvertretung des Kreises und die Kreistagsgruppe DIE LINKE sehen darin einen ersten Schritt hin zu einer Privatisierung. Damit ist zu befürchten, dass die Tarif- und Arbeitsbedingungen sich in den Altenheimen des Kreises deutlich verschlechtern werden. Kreistagsmitglied Berndt Wobig fasst alle diese Bedenken in seinem Redebeitrag so zusammen:

Die negative wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebes Senioreneinrichtungen des Kreises soll verbessert werden.

In dem vorliegenden Antrag heißt es, dass hierzu:

- die Umstrukturierung der Betriebsführung,
- die bauliche Sanierung und Modernisierung,
- die Umsetzung eines modernen Pflegekonzeptes sowie
- die Anpassung an Veränderungen in Bewohnerstruktur, Nutzerverhalten und demografische Entwicklung erforderlich wären.

am 29.09.2010. Der Personalrat und ver.di wären auch bereit, bei einer Umstrukturierung des Personals mitzuwirken. Dieses Angebot ist jedoch durch die einseitige Vor-Festlegung der Betreiber noch nicht einmal in Erwägung gezogen worden. Der Personalrat hat ein Gutachten in Auftrag gegeben. Es kommt zu dem Ergebnis, dass eine Lösung der Probleme im Eigenbetrieb möglich wäre. Auch dieses Gutachten wurde nicht ernsthaft diskutiert. Wir schließen uns der Meinung des Personalrates und dem Tenor des Gutachtens an, dass zur Lösung der

den Standards entsprechen werden, die bei der Umwandlung der lippischen Krankenhäuser in eine GmbH vereinbart wurden. Diese beinhalten u. a. die verbindliche Zusage, dass der 118 BetrVG weder jetzt noch zukünftig für die Kreissenioreneinrichtungen und ihre evtl. Nachfolgegesellschaften Gültigkeit erlangen wird.

Ich werde jetzt erläutern, was wir an dieser Ausgliederung aussetzen haben:

- Immer wieder wurde gesagt, dass die beabsichtigten Kostenreduzierungen nur durch die Ausgliederung in eine GmbH zu erzielen sind. Hierbei schlagen
- die Nutzung von Synergieeffekten in Höhe mit 20 Prozent,
 - die Personalkostenreduzierung mit weiteren 20 Prozent und
 - die Mehrwertsteuersparnis mit 19 Prozent zu buche.

Reinigung und Speisenerstellung werden bei Gründung von GmbH und Holding sofort in die Hände von aLD bzw. KSL vergeben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Reinigung und Küche gehen in die beiden GmbHs über und die der Pflege in die Senioren GmbH. Alle behalten bis zu ihrem Ausscheiden den TVÖD.

Welche Auswirkungen das unterschiedliche Lohnniveau auf den Betriebsfrieden haben wird, wage ich nicht zu beurteilen. Jedoch zeigt sich genau an diesem Punkt, dass die beabsichtigten Senkungen der Personalkosten erst mit dem Ausscheiden der abgesicherten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Einstellung Neuer möglich sein werden, da erst diese neuen MitarbeiterInnen nicht mehr nach dem TVÖD bezahlt werden müssen.

Zudem wird mit der Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu geringeren Löhnen die Kurzsichtigkeit der Auslagerungsbestrebungen deutlich: Man hat dann zwar die beabsichtigte Kostensenkung erreicht, aber gleichzeitig auch die Kaufkraft nicht unerheblich gesenkt. Eine weitere Absenkung der Durchschnittseinkommen ist das Resultat. Wie die

Menschen dann mit den geringeren Einkommen ihre Existenz sichern, bleibt ihnen selbst überlassen. Dass dies auch Auswirkungen auf die Qualität der Arbeit hat, ist hinreichend bekannt.

Wenn Einkommen sinken oder sogar prekäre Arbeitsverhältnisse entstehen, sind nicht nur die Mitarbeiter betroffen. Auch die Einzelhändler der Region werden feststellen, dass ihnen ein Teil ihres Umsatzes fehlen wird. Die Bürgermeister und Kämmerer wissen jetzt schon nicht, wie sie ihre Haushalte ausgleichen sollen. Wenn der Sozialetat durch Aufstockungsleistungen und Wohngeld noch weiter belastet wird, verschärft sich auch dieses Problem. Die Finanzminister werden sich auf weitere Verluste bei Steuereinnahmen und die Sozialversicherungen auf geringere Versicherungsbeiträge einstellen müssen. Wohin das führt, sollte hinlänglich bekannt sein.

Jetzt zur Mehrwertsteuersparnis von 19 Prozent: Richtig ist, dass ein Eigenbetrieb 19 Prozent Mehrwertsteuer zahlen muss, wenn er Dienstleistungen bei Fremdanbietern kauft. Richtig ist aber auch, dass er keine Mehrwertsteuer zahlt, wenn er diese Dienstleistungen mit eigenen Beschäftigten erbringt.

Erst mit dem Outsourcen entsteht das Problem mit der Mehrwertsteuer, das dann durch komplizierte umsatzsteuerliche Organisationskonstruktionen behoben werden muss. Wir verstehen das so, dass man zuerst selber das Problem des Mehrwertsteueraufkommens durch Outsourcing schafft, und es dann durch die Gründung einer GmbH innerhalb der Holding löst. Angesichts aller hier zur Sprache gebrachten Argumente und deren Bewertung kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir dem Antrag in seiner Gesamtheit nicht zustimmen können!«



Wir glauben, dass diese erwähnten und geplanten Maßnahmen im Eigenbetrieb bereits einen Kostenvorteil von 20 Prozent bringen könnten. Wir stimmen diesen Maßnahmen ausdrücklich zu.

Der Personalrat und der Vertreter von ver.di haben des Öfteren ihre Bereitschaft erklärt, einen Beitrag zur Behebung der Finanzprobleme des Eigenbetriebes zu leisten; zuletzt im Konzernbeirat

Probleme die Ausgliederung der Senioreneinrichtungen in eine GmbH nicht erforderlich ist.

Ich möchte hier ausdrücklich die beabsichtigte Absicherung der gegenwärtig Beschäftigten lobend erwähnen. Durch Überleitungsverträge mit ihren Interessenvertretungen wird ihnen der Fortbestand ihres gegenwärtigen Einkommens zugesichert. Wir sind aber gespannt, ob die Überleitungsverträge



Berndt Wobig,
Kreistagsmitglied
DIE LINKE. Lippe,
b.wobig@
dielinke-lippe.de

Redebeitrag Andrea MacGregor zum Frauenförderplan für 2010-2012

Frauen fördern: „JA BITTE! - Aber überprüfbar und mit klaren Zielen!“

Detmold« Auf der Kreistagssitzung am 4.10.2010 wurde fast einstimmig über den Frauenförderplan des Kreises Lippe für den Zeitraum von 2010 bis 2012 beschlossen. Die einzigen Gegenstimmen kamen von den beiden LINKEN Kreistagsmitgliedern. KTM Andrea MacGregor begründete die Ablehnung der Vorlage durch DIE LINKE mit nicht ausreichenden Perspektiven für die beim Kreis angestellten Frauen.

Ein Plan setzt zwingend ein Ziel voraus, was mit dem Plan erreicht werden soll. Ein solches Ziel muss konkret und nachvollziehbar sein und eine Überprüfung des Ergebnisses zulassen. Wenn wir über die Förderung von Frauen in Beschäftigung beim Kreis Lippe sprechen, können wir als LINKE nur ein vernünftiges Ziel erkennen:

Die Paritätische Besetzung aller Stellen und aller Besoldungs- /Entlohnungs-Gruppen mit Männern und Frauen. Dieses Ziel kann nicht in zwei Jahren erreicht werden. Aber ohne eine Selbstverpflichtung, zukünftig bei mindestens 50 Prozent aller Einstellungen und Beförderungen Frauen zu berücksichtigen, kann es niemals erreicht werden. Eine solch konkrete Aussage müssen wir leider in der Vorlage vermissen.

Wenn wir nun ein Ziel festgelegt

haben, sollten wir uns Gedanken über den möglichen Weg machen. Aus [...] der Vorlage entnehmen wir, dass 45 MitarbeiterInnen das 60. Lebensjahr überschritten haben. Weitere 369 haben das 50. Lebensjahr vollendet. Dies sind 1/3 der aktuellen MitarbeiterInnen! Auch wenn keine Aufteilung der Altersstruktur auf Besoldungsgruppen erfolgt [...], ist ein entsprechender Personalbedarf auch in Leitungsfunktionen absehbar. Ob dieser absehbare Bedarf an qualifizierten MitarbeiterInnen durch 8 Mentees vollständig kompensiert werden kann, kann bezweifelt werden.

Schon an diesem offensichtlichen Beispiel wird deutlich, dass für den Planungszeitraum weitere Maßnahmen der Personalentwicklung notwendig sind. Folgende Lösungsansätze sollten daher in der Vorlage ergänzt werden.

- 1.) Leistung muss sich lohnen, Personalentwicklung gibt es nicht zum Nulltarif!
- 2.) Die Eigeninitiative der MitarbeiterInnen sich weiterzubilden sollte gestärkt werden. Es wäre daher sinnvoll, die Kosten für Weiterbildungsmaßnahmen durch einen Zuschuss an die MitarbeiterInnen mindestens teilweise zu kompensieren. Vergleichbare Programme sind in der freien Wirtschaft mittlerweile selbstverständlich. Neben einer höheren Flexibilität bei der Verteilung von Aufgaben und der Besetzung von Stellen ist vor allem die Motivation der MitarbeiterInnen zu berücksichtigen. Für eine Konkretisierung dieser Möglichkeit fehlen bisher leider die grundlegenden Informationen. Eine Befragung aller MitarbeiterInnen über ihre zukünftigen Bildungswünsche sollte zukünftig jährlich erfolgen.
- 3.) In der Vorlage wird aus der Perspektive von zwei Fachbereichen (4 und 5) auf die Besetzung mit externen Ausschreibungen verwiesen. Wenn der Kreis Lippe

auf einen guten und motivierten Stamm an MitarbeiterInnen zurückgreifen kann, sollte es doch selbstverständlich sein, aus diesem Personenkreis MitarbeiterInnen gezielt auf frei werdende Stellen vorzubereiten. So können nicht nur teure externe Ausschreibungen vermieden, sondern auch die Attraktivität des Kreises als Arbeitgeber gesteigert werden. Mit den vorliegenden Informationen kann der finanzielle Bedarf für solch eine gezielte Weiterentwicklung leider nicht ermittelt werden.

Die Gruppe DIE LINKE. im Kreistag beantragt daher, eine entsprechende Ergänzung der Vorlage und die Beschlussfassung entsprechend zu verschieben. «



Andrea MacGregor, Kreistagsmitglied DIE LINKE. Lippe, andrea.macgregor@web.de

Privatisierungsbündnis im Kreistag – DIE LINKE kritisiert grüne Schoßhocker

Detmold 27.10.2010 Am 4. Oktober ist im lippischen Kreistag der erste Schritt in eine Privatisierung der Kreisaltenheime vollzogen worden. Bündnis 90/ Die Grünen übernehmen hierbei die Rolle, die üblicherweise der FDP zufällt, indem sie gemeinsam mit der CDU und den Freien Wählern die Privatisierungen - wie schon bei den Kliniken und dem PPP Projekt Straßenbau - weiter vorantreiben.

Damit tragen sie dazu bei, weitere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge der politischen Kontrolle zu entziehen und sie privaten Anbietern auszuliefern. Als Begründung für die Umwandlung der Altenheime in eine GmbH machen die Befürworter der geplanten Gesundheitsholding die äußerst an-

gespannte wirtschaftliche Situation geltend, die sie aus Fahrlässigkeit oder Dummheit durch das Parken von Personal und eine zu große Verwaltung selbst mit verschuldet haben.

Kreistagsmitglied Berndt Wobig resümiert: „Gewerkschaft und Betriebsrat haben durch ein Gutach-

ten belegt, dass die notwendige Sanierung im Eigenbetrieb durchaus möglich gewesen wäre. Die Mehrheit im Kreistag zeigte keinerlei Bereitschaft zur Überprüfung der Möglichkeiten einer Sanierung und zur vorurteilsfreien Beschäftigung mit diesem Gutachten. Dies deutet darauf hin, dass von vornherein die Privatisierung beabsichtigt war und dass man nicht die Absicht hatte, sachgerecht andere Möglichkeiten zu prüfen.

Mit ihrer kritiklosen Zustimmung zur Umwandlung der Seniorenrichtungen des Kreises Lippe in eine GmbH stehen die Grünen in Lippe in der Tradition der unsäg-

lichen Entscheidungen von Rot / Grün im Bund. Mittels der Finanzreform und der Entwicklung des Niedriglohnsektors haben sie seinerzeit die Verarmung des Staates und weiter Teile der Bevölkerung vorangetrieben. Die Auswirkungen einer solchen Politik auf die privaten und öffentlichen Haushalte sind hinlänglich beschrieben und führen in vielen Fällen in die Armut.

DIE LINKE setzt allen Privatisierungsbestrebungen hier bei uns im Kreis Lippe, im Land NRW und im Bund weiterhin ein klares NEIN entgegen.“

**Gruppe DIE LINKE. im Kreistag Lippe
Felix-Fechenbach-Straße 5
32756 Detmold
Büro: Raum 508
Telefon: 05231-62508
E-Mail: die.linke@lippe.de**

Umsetzung der UN-Charta für Menschen mit Behinderungen ist in Lippe nicht gewollt

Inklusive Schule – Wie soll denn das funktionieren?

Anlässlich der Abstimmung über die Einrichtung eines so genannten Kompetenzzentrums für sonderpädagogische Förderung in Bad Salzuflen forderte Berndt Wobig als Vertreter der LINKEN die Inklusion von Kindern mit Behinderung ohne Wenn und Aber, so wie es in der UN-Konvention vorgesehen ist.



Die frisch renovierte und energetisch vorbildlich sanierte „Regenbogenschule“ in Dörentrup

Die Partei DIE LINKE strebt „Eine Inklusive Schule Für Alle“ an. Sie setzt sich für die sofortige Umwandlung der Förderschulen in Regelschulen ein. Trotzdem ist dieser Prozess nicht ohne erhebliche flankierende Maßnahmen zu bewerkstelligen. Stark sind noch die konkreten Vorbehalte. Viele können sich diese Schule nicht vorstellen. Deshalb muss ein groß angelegter Fortbildungsschub

für alle Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen erfolgen. Die Eltern müssen informiert und aufgeklärt werden. Dadurch können sie ihre Ängste vor dem gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung verlieren.

DIE LINKE erwartet jetzt dringend die Umwandlung der Förderschulen in Regelschulen. Vor einem Jahr hat die Gruppe

DIE LINKE im Kreistag Lippe eine Anfrage zur Umsetzung der Behinderten-Rechts-Konvention im Kreis Lippe gestellt. **Die Antwort des Kreises auf unsere Anfrage ist ausweichend und unpräzise.** Kein klares Wort zur Anerkennung der Rechte von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen und keine Aussage zu zeitlichen Vorstellungen. Wir werden bezüglich der Umsetzung der Behinder-

Im Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) ist von Unterricht in Kompetenzzentren nicht die Rede, sondern davon, dass:

„Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund einer Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden. Kinder mit einer Behinderung dürfen nicht vom Besuch einer Grundschule oder einer weiterführenden Schule aufgrund ihrer Behinderung ausgeschlossen werden, sondern ihnen soll gleichberechtigt mit anderen der Zugang zu einem einbeziehenden, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht ermöglicht werden.“ Zur Frage der unmittelbaren rechtlichen Verbindlichkeit der Behindertenrechtskonvention für den Bereich des öffentlichen Schulwesens wird auf die Entscheidung des Hessischen VGH vom 12.11.2009 - 7 B 2763/09 - verwiesen. Die auch vom Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen vertretene Rechtsauffassung, dass Artikel 24 UN-BRK keine subjektiven Rechtsansprüche begründet, wird mit dieser Entscheidung erstmals obergerichtlich bestätigt.

ten-Rechts-Konvention weiter am Ball bleiben und die Interessen der Kinder mit Behinderungen und deren Eltern im Kreistag vertreten.

Für alle, die sowohl unsere Anfrage als auch die Antwort der Verwaltung nachlesen wollen, drucken wir diese hier auszugsweise ab:

Frage: Anerkennt der Kreis Lippe das Recht von Kindern mit Behinderungen auf freie Wahl der allgemeinbildenden Schule, so wie es Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen vorsieht?

Antwort: Das Kindeswohl und eine möglichst ortsnahe Beschulung stehen bei der Bestimmung des bestmöglichen Förderortes für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen einer integrativen bzw. inklusiven Be-

schulung (Gemeinsamer Unterricht bzw. inklusive Beschulung in Kompetenzzentren) im Vordergrund. Dabei wird von der Schulaufsicht der Elternwille im Rahmen gesetzlichen Möglichkeiten mit berücksichtigt.

Frage: Welche Planungen hat der Kreis Lippe, die nicht mehr in dem derzeitigen Umfang benötigten Förderschulen in allgemeinbildende Schulen umzuwandeln?

Antwort: Eine Umwandlung der Förderschulen des Kreises Lippe (Förderschwerpunkte emotionale und soziale Entwicklung sowie Sprache) in allgemeine Schulen ist gegenwärtig nicht geplant

Frage: Welche Maßnahmen trifft der Kreis Lippe, den betroffenen Eltern von Kindern mit Behinderungen über die sich aus der Menschenrechtskonvention ergebenden Rechte aufzuklären?

Antwort: Die Aufklärung der Elternschaft obliegt der einzelnen Schule. Schulleitungen sind laufend durch die Schulaufsicht über den Prozess informiert worden. Die Schulaufsicht steht für Informationsveranstaltungen für Eltern zur Verfügung. Zusätzlich wird der Kreis Lippe nach der Planungsphase die entsprechende Beratung der Eltern gemeinsam mit der Schulaufsicht des Schulamtes für den Kreis Lippe tatkräftig unterstützen.

Bad Salzuflen vernachlässigt die Jugend – für die Jugendlichen eine hoffnungslose Situation!

Die Jugend braucht attraktive Treffpunkte und keine weitere Zeit verschwendenden runden Tische zur differenzierten Analyse! Die Jugend braucht eine lebendige und erfolgreiche Schule und eine passende Berufsausbildung!

Die Lebenslage ist für viele Jugendliche trostlos, langweilig, inhaltslos und bitter ernst!

Die Analyse ist schon lange fertig – es muss gehandelt werden!

Die Jugendlichen „Intensivtäter“ in Bad Salzuflen wurden als solche nicht geboren. Eine rücksichtslose Erwachsenenwelt, die nur an ihrer eigenen Arbeitswelt und ihrem Konsumrausch ausgerichtet ist, hat die vielen berechtigten Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Zentrum von Bad Salzuflen seit Jahrzehnten völlig negiert. Das hat auch mit der aktuellen und notwendigen Haushaltsanpassung nichts zu tun. Kinder und Jugendliche brauchen neben

der Schule altersentsprechende Kontakte und Begegnungsmöglichkeiten. In Bad Salzuflen gibt es keine interessanten Spielmöglichkeiten, keine attraktiven Treffpunkte für Kinder und Jugendliche in der Innenstadt.

Keine Chancen für Kinder – und jugendgerechte Beschäftigungen.

Hinzu kommt die von den großen Parteien einfach hingegenommene Familien – und Kinderarmut in unserem Land. Aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen ist Bad Salzuflen eine furchtbare Ödnis mit Scharen von älteren und alten Menschen, die alle Wege und Plätze besetzen, die häufig mit öffentlicher Macht ihre durchaus verständlichen Ruhebedürfnisse durchsetzen. „Alles nur für Alte“ ist unter Jugendlichen ein Slogan!

Kinder und Jugendliche haben Träume und Sehnsüchte wie Erwachsene auch.

Das gilt für alle, für die Kinder und die Jugendlichen gleichermaßen! Egal, von wo sie kommen! Wenn man ihnen aber keine Zuwendung, keine Hoffnung, keine angemessene schulische Bildung und keine Ausbildung gibt und infolge dann auch keine Chance bereitstellt, durch eigene Arbeit diese Bedürfnisse zu erfüllen, machen wir uns schuldig an dieser lange dauernden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu kriminellen Intensivtätern.

Gute Bildung hilft Sozialausgaben zu vermeiden.

Kinder und Jugendliche brauchen eine lebendige Schule, wo auch das Miteinander gelebt wird. Und einen Schulabschluss! Als notwendige Basis für den Sprung in eine Berufsausbildung. Das ist keine Frage von Geld! Wenn Geld für die Betreuung von Jugendlichen anfänglich tatsächlich fehlen sollte, gibt es genügend Bürgerinnen und Bürger, die ehrenamtlich Hilfe leisten

würden. Es fehlt an der Einsicht in die Notwendigkeit! Jeder Jugendliche braucht eine Berufsausbildung. Als Basis für eine selbständige und selbst verdiente Lebensgestaltung. Außerdem gemütliche, attraktive Treffpunkte für junge Leute, zum chillen, quatschen, mit einem unterhaltsamen Musikprogramm, zum Kennenlernen oder einfach nur, um nicht zu Hause zu sitzen. Mit kleinen, interessanten Veranstaltungen mit Themen, die junge Menschen interessieren. Wenn wir jetzt reagieren, müssen wir uns bald nicht mehr über jugendliche Intensivtäter unterhalten. Möglichkeiten und Ideen gibt es genug – es muss nur gehandelt werden!

Und das hat viel mit erfolgreichem Sparen zu tun. Wer vermeidbare Sozialausgaben durch selbstverantwortlich und selbständig lebende Menschen in den kommenden Jahren realisiert, trägt zur größten Ausgabenentlastung bei.

(M.L.)

Jobcenter-Schikane gegen schwangere Hartz IV-Bezieherin?

Das „Erwerblosen Forum Deutschland“ schildert in einer Pressemitteilung das Schicksal einer HartzIV-Empfängerin in Lippe. Daraus folgender Auszug:

„Hilde S. ist völlig am Ende und dazu auch noch schwanger. Dennoch hat sie vom Jobcenter Lippe „pro-arbeit“ seit Oktober nur 9,10 Euro überwiesen bekommen. Im Oktober hatte sie schon einen Eilantrag beim Sozialgericht Detmold gestellt, da das Jobcenter Blomberg ihr die Leistungen kürzte, weil sie angeblich nicht zu einem Termin erschienen war. Weil Hilde S. jedoch kein Einladungsschreiben erhalten hatte wandte sie sich per Eilklage an das Sozialgericht. Das Jobcenter konnte ein Einladungsschreiben nicht vorweisen anerkannte die Forderung von Hilde S. Unter normalen Umständen zahlen Hartz IV-Behörden auch sofort wieder, jedoch nicht so in Blomberg.

Im Dezember musste sie einen Weiterbewilligungsantrag für ihre Hartz IV-Leistungen stellen. Diesen gab sie zusammen mit ihrem Freund nebst Kontoauszügen von Oktober bis Dezember

und Mutterpass beim Jobcenter ab. Wenige Tage später schrieb das Jobcenter sie an und verlangte eben die bereits abgegebenen Kontoauszüge von Oktober bis Dezember. Gleichzeitig wurde angefragt wovon

sie denn leben würde; man hatte ihr im November nur 9,10 Euro überwiesen. Dem Jobcenter und ihrem Sachbearbeiter war bekannt, dass eine Risikoschwangerschaft vorliegt. Erneut wurden die Kontoauszüge und sogar ein Kontojahresauszug eingereicht. Dennoch forderte das Jobcenter wieder die Kontoauszüge. (...) Zudem würde sie, selbst wenn ihr Antrag genehmigt würde, sofort auf 100 Prozent sanktioniert werden, da sie im Dezember zehn Einladungen zum Jobcenter erhalten habe, wovon sie keinen Termin eingehalten hätte. Hilde S. beteuerte gegenüber dem Erwerblosen Forum Deutschland, dass keine Einladungen vorgelegen hätten.“ DIE LINKE. LIPPE fordert

ein Ende aller Repressionen gegen HartzIV-Bezieher/innen

Das Erwerblosen Forum Deutschland will das Verhalten der Behörde überprüfen lassen und notfalls weitere Schritte veranlassen. Auch DIE LINKE. Lippe wird den Fall aufgreifen und dazu beitragen die unhaltbare Situation der jungen Frau schnellstmöglich und nachhaltig zu verbessern. Kreisverbandsprecher Gerd Detering: „Unabhängig von diesem konkreten Einzelfall fordert DIE LINKE seit Jahren gemeinsam mit dem Erwerblosen Forum als einzige Partei, sämtliche Sanktionen sofort zu stoppen. Dies gilt erst recht für Repressionen gegenüber Schwangeren und ungeborenen Kindern.“

Gesamtschule für Lage bleibt nur eine Vision

Die Bildungsrepublik zieht an Lage vorbei.

Demokratie ist oftmals ein quälender Prozess; weniger für Politik und Verwaltung als vielmehr für die Bürgerinnen und Bürger, die sich „ihre Interessenvertreter“ gewählt haben. Dies wurde besonders deutlich bei der Entscheidungsfindung, ob die Stadt Lage eine Gesamtschule erhalten sollte oder nicht.

Die Ausgangslage war klar und eindeutig. Die Elterninitiative für die Einführung einer Gesamtschule überreichte dem Rat der Stadt Lage am 2. April 2009 ca. 700 Unterschriften von Eltern, die sich eine Gesamtschule für ihre Kinder wünschten. Jetzt hätte man meinen können, nachdem der Pisaschock allen seit neun Jahren in den Gliedern steckte, der Rat wäre sofort mit hoher Wirksamkeit aktiv geworden – Irrtum. Es dauerte geradezu fast ein Jahr bis der Rat/ die Verwaltung eine Fragebogenaktion bei den Eltern der 2. und 3. Grundschulklassen auf den Weg brachte, um den Elternwillen zu erfragen. Der Fragebogen musste natürlich nach Möglichkeit so konzipiert werden, dass er in die Irre führt oder gar nicht verstanden wird, damit von vornherein schon

die Rücklaufquote reduziert wird bzw. falsch ausgefüllte Formulare zurückkommen. Ein Jahr effektiv ungenutzter Zeit in Rat und Verwaltung mit der eindeutigen Tendenz, den „Schwarzen Peter“ immer weiter zu schieben; vom Rat an die Verwaltung und von der Verwaltung an die Bezirksregierung.

Da das Ergebnis der Fragebogenaktion nicht hundertprozentig befriedigt im Sinne der Gesamtschulgegner, wird die Bezirksregierung bemüht, Unterstützung zu leisten. Diese erklärt, dass erst die realen Anmeldezahlen nach dem erforderlichen Genehmigungsverfahren maßgeblich sind. Unsere Stadtverwaltung zweifelt aufgrund der Datenlage und Mitteilung der Bezirksregierung an ihren eigenen Fähigkeiten. Fachbereichsleiter Klaus Landrock: „Bei Betrachtung

dieser doch recht unsicheren Datenlage stellt sich die Frage, ob hierauf eine verlässliche Schulentwicklungsplanung aufgebaut werden kann.“ Obwohl alle Parteien inkl. SPD gerne von der katastrophalen Haushaltslage redeten, forderte diese zur Krönung des Ganzen schon im Sommer die Einstellung von 20.000 Euro in den Haushalt, damit die Erstellung eines Schulentwicklungsplans an einen Externen vergeben werden könne. Auf die Idee, bestimmte Personen in der Verwaltung wegen Unfähigkeit zu feuern, kam keiner. Da hätte man Sparkompetenz zeigen können.

Anfänglich waren alle Parteien für die Gesamtschule, selbst die CDU trotz ihrer sonst rückwärts gewandten Ideologie bei diesem Thema. Die Grünen, die sich noch vor der Abstimmung für eine Gesamtschule aussprachen, machten bei der Abstimmung eine 180°-Wende. Zur „Ausgewogenheit“ durfte zwischendurch nicht die Stimme des Repräsentanten des Gymnasiums fehlen; jenes Lehrkörpers mit dem größten Standesdünkel.

Das Abstimmungsergebnis konnte man erahnen: Anfang November letzten Jahres wurde die Einführung einer Gesamtschule abgelehnt. Für unsere Stadtväter und –mütter jedenfalls hat die von Angela Merkel so großspurig ausgerufenen Bildungsrepublik keine Bedeutung.

Da unser bürgerliches Parteienspektrum und ihr Anhang aus Gründen elitären Gehabes und Privilegiensicherung für ihre Nachkommen keine Gesamtschule haben möchte, wird solange getrickst, hinausgezögert und an der Realität vorbei interpretiert bis wieder ein Jahr verloren ist und noch ein Jahr und noch ein Jahr ... Und wie schön, dass man zu guter letzt immer noch das Totschlagargument der katastrophalen Haushaltslage hat. Da diese sich aber in der nächsten Dekade nicht ändern wird, bleibt alles so wie es ist.

Schade, den Kindern aus Lage wird weiterhin Chancengleichheit verwehrt. Liebe Eltern, wenn Ihr eine Gesamtschule für Eure Kinder haben möchtet, dann müsst Ihr in Zukunft anders wählen!

Eine Schule für alle! – Und sonst keine?

Unser dreigliedriges Schulsystem in Deutschland ist schon lange überlebt. Es bedarf an dieser Stelle keiner erneuten Darlegung der Notwendigkeit und Vorteile „einer Schule für alle“. Vielmehr soll es um die Frage gehen, ob diese Forderung der LINKEN und vieler fortschrittlicher Menschen auch bedeutet, dass es sonst keine anderen Schulen geben sollte. Ob experimentelle Schulen wie z.B. die Laborschulen, Kollegschulen, Montessori- oder Waldorfschulen und einzelne freie Bedarfsschultypen keine Unterstützung wert sind?

In jedem Schulsystem stellt sich nicht nur die Frage nach seiner Struktur – d.h. Organisation, Zugang, Abschlüssen – sondern auch nach den Inhalten und pädagogischen Absichten. Der wesentliche Inhalt des bestehenden dreigliedrigen Schulsystem liegt in der sozialen Auslese durch Noten- und Leistungsdruck, Anpassungszwang und Repression. Und in reaktionären Bildungsinhalten, die z.B. so genannten „Jugendoffizieren“ den Zugang in den Unterricht ermöglichen. Alternative und fortschrittliche pädagogische Bildungskonzepte haben in der Regel keine Chance, sich in diesem System durchzusetzen. Ihnen ist nur ein beschränktes Dasein in der Nische

„Bedarfsschulform“ erlaubt. Dabei sind fortschrittliche und meist auch experimentelle Schulen so was wie der Motor pädagogischer Erkenntnis und Fachlichkeit. Lernen ohne Klassenräume, Schule als Werkstatt der Selbstbildung, Bildungsgemeinschaften ohne Notendruck, integrative und inklusive Lerngruppen, alternative Bildungsinhalte und Didaktik – das kann in dieser Nische ausprobiert und umgesetzt werden. Dabei entstehen Konzepte die auch für das allgemeine Bildungssystem wertvoll sind, aber unter den gegenwärtigen Bedingungen unseres frühkapitalistischen Schulsystems nicht aufgegriffen werden und eher unerwünscht sind. Ein Schulsystem nach den Vorstel-

lungen „einer Schule für alle“ sollte jedoch nicht auf den Erkenntnisgewinn experimenteller Schulen und ihrer Erfahrungen verzichten.

Experimente bringen Erkenntnis

Mit „einer Schule für alle“ wird es sogar leichter werden, fortschrittliche pädagogische Konzepte zu verallgemeinern und für ein strukturell einheitliches Schulsystem nutzbar zu machen. Es wäre im negativen Sinne dogmatisch, wenn „eine Schule für alle“ extern forschenden und experimentierenden Einrichtungen im Bildungssystem entgegenstehen würde. Einzelne „Modellschulen“ sind deshalb keine Konkurrenz sondern eine Ergänzung eines fortschrittlichen

Schulsystems. Allerdings wird es jetzt wie später Kriterien geben müssen, an der sich die Unterstützung einzelner Schulen orientiert. So sind elitäre „Karriereschmieden“ oder religiös-fundamentalistische Bekenntnisschulen in keinem Sinne förderungswürdig. Sie stehen den Absichten eines vernünftigen und fortschrittlichen Bildungssystems entgegen und sind Relikte der ständischen preußischen Klassengesellschaft. Der gesellschaftliche und politische Einsatz für „eine Schule für alle“ schließt die kritische Unterstützung einzelner alternativer, fortschrittlicher und experimenteller Schulen und Schulinitiativen nicht aus. Es kommt darauf an, ob solche „Modellschulen“ der pädagogischen Innovation für alle oder der Eliteförderung und -auslese unter den Reichen dienen. Dazu sollte das konkrete Konzept der jeweiligen Schule oder Initiative beurteilt werden und diese ggf. auch von linker Seite unterstützt werden. (gd)

DIE LINKE. Horn-Bad Meinberg gegen Turbo-Abitur

Leider nur halbherzig hat die aktuelle Landesregierung einen Schulversuch initiiert, bei dem einzelne Gymnasien von dem Turbo-Abitur nach acht Jahren Gymnasialzeit zum Abitur nach neun Jahren zurückkehren sollen, um die Ergebnisse miteinander vergleichen zu können. Es ist nicht nachvollziehbar, was angesichts der schlechten Erfahrungen mit der verkürzten Gymnasialzeit noch zu untersuchen ist.

Das Turbo-Abitur hat sich schon längst als missglücktes Experiment auf Kosten unserer Kinder herausgestellt.

Die derzeitige Situation bedeutet für die Schüler:

- Dauerstress
- zu wenig Zeit für Sport, Hobby, Freunde
- Angst vor der Schule
- stressbedingte Erkrankungen

... für die Eltern:

- Angst um die Zukunft der Kinder wächst

- Motivation der Kinder wird erschwert
- hohe zeitliche und auch finanzielle Belastung, um die fehlende Vertiefung und Nacharbeitung der Unterrichtsinhalte privat auszugleichen

...für die Lehrer:

- Unterrichtsinhalte können nicht gefestigt und vertieft werden
- Das Turbo-abitur hat zu vermehrtem Nachmittagsunterricht geführt. Eine echte Ganztagschule beinhaltet aber nachmittags außerplanmäßige Aktivitäten (Sport-AG,

Theater-AG, Schülervvertretung, Sprachzertifikate) und schließt die Hausaufgabenbetreuung mit ein. Dies ist mit dem verdichteten Lehrplan einer 8-jährigen Gymnasiallaufbahn mit zum Teil über 36 Pflichtwochenstunden nicht vereinbar.

Angesichts der inzwischen verpflichtend deutlich früheren Einschulung, teilweise schon mit fünf Jahren, und der Bachelor-Turbostudiengänge ist es wichtiger denn je, den Kindern während ihrer Schulzeit die Zeit für Entwicklung und Reifung und besseres Lernen zu geben. Persönlichkeits- und Allgemeinbildung spielen für die Zukunft unserer Kinder in einer zunehmend flexibilisierten Arbeitswelt eine wichtige Rolle. Wenn mit Bildung mehr als nur kurzfristige ökonomische Effizienz, wenn Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe im Bildungssystem mehr

als nur Rhetorik sein sollen, sollte man der nachwachsenden Generation auch Zeit zum Reifen geben. Eine Verlängerung der Gymnasialzeit wäre zudem ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit, weil der Erfolg der Kinder weniger von den Möglichkeiten der Eltern abhinge.

Leider fehlt offensichtlich der rot-grünen Landesregierung, aber auch politischen Vertretern vor Ort der Mut zu einem klaren Richtungswechsel. Hier wird die LINKE nicht nachlassen, sich für eine bessere Bildungspolitik stark zu machen. Diana Ammer, DIE LINKE, setzte sich trotz der offensichtlichen Mängel des geplanten Schulversuchs engagiert für eine Beteiligung des Gymnasiums in Horn-Bad Meinberg ein. Zum Wohl der Kinder in einer guten und gesunden Schule und nicht zuletzt für eine Steigerung der Attraktivität des Schulstandorts Horn.

Portrait Diana Ammer

Ohne Stimm- und Antragsrecht in den Ausschüssen setze ich mich durch Sachkunde und Hinterfragen für das Gemeinwohl ein.

Gerade finanziell schwächer gestellte Personengruppen und Familien geraten durch ständige kommunale Gebührenerhöhungen in Bedrängnis. Daher habe ich mich z.B. gegen die Erhöhung der Abwassergebühren gewehrt, die nicht durch höhere Kosten bei den Stadtwerken begründet sind, sondern dem allgemeinen Haushalt zufließen werden. Alternativ setze ich mich für eine Erhöhung der Gewerbesteuer ein.

Des weiteren stelle ich den Industriepark Lippe in Frage, der für die Stadt ein nicht tragbares Kostenrisiko bedeutet. Wichtig sind mir außerdem der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren und das Projekt EMiGGS (Elternnetzwerk für eine gute und gesunde Schule).

DIE LINKE Horn-Bad Meinberg hat einen Sitz im Integrationsbeirat erkämpft und wird sich besonders für BürgerInnen mit Migrationshintergrund einsetzen. Viele Jahre neoliberale Politik haben unsere Demokratie in Schieflage gebracht



Diana Ammer

- fraktionslose Stadtverordnete für DIE LINKE im Rat der Stadt Horn-Bad Meinberg
- beratendes Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Liegenschaften und im Ausschuss für Schule, Kultur und Soziales

und zu schlechten Bildungschancen, Hartz IV, Arbeitslosigkeit und desolate Kommunalfinanzen geführt. Es ist eine große Verantwortung, ein städtisches Mandat wahrzunehmen. Mein Ziel ist, in der nächsten Legislaturperiode mit der LINKEN in deutlicher Fraktionsstärke im Rat vertreten zu sein. da wir hier vor Ort eine Politik brauchen, die soziale Härten vermeidet und das Wohl aller Bürger vermehrt.

Verzögerungstaktik beim Bau der Schulmensa

Horn-Bad Meinberg Während in anderen Kommunen eine Schulmensa nach der anderen eingeweiht wird, steht die Umsetzung in Horn-Bad Meinberg noch in den Sternen.

Nachdem im Mai 2009 der Bau einer zentralen Mensa im Schulzentrum für 1,45 Millionen Euro beschlossen und entsprechende Fördermittel beantragt wurden, gab es 2009 noch einige Planungsänderungen, die die unbedingte Einhaltung des Kostenrahmens sicherstellen sollten. Anfang 2010 wurde die konkrete Auftragserteilung beschlossen. Zudem wurde ein Kostencontrolling beschlossen, um Kostensteigerungen über den vorgegebenen Kostenrahmen hinaus auszuschließen. Angedacht war ein Baubeginn im Sommer diesen Jahres und Fertigstellung noch 2010. Der Controllingauftrag wurde aber anscheinend auf Betreiben des Bürgermeisters zu einem Grundsatzcontrolling ausgeweitet, das alle bereits getroffenen Entscheidungen noch einmal in Frage stellte. Dies bedeutet nicht nur erhebliche Mehrkosten für die Erstellung dieses Gutachtens sondern stellt die demokratisch getroffene Entschei-

dung eigenmächtig in Frage. Unklar ist bei dieser Vorgehensweise, welche Rolle das sogenannte Politik-Netzwerk aus SPD, Bürgerbündnis und Grünen spielt und welche die Verwaltung. Nachvollziehbare Politik nach demokratischen Grundregeln sieht jedenfalls anders aus.

DIE LINKE in Horn-Bad Meinberg kritisiert scharf die Verzögerungstaktik und drängt auf umgehende Umsetzung des bereits beschlossenen Baus.

Stadtverordnete Diana Ammer betont: „Demokratische Beschlüsse dürfen nicht durch einen Controllingauftrag der Verwaltung ausgehebelt werden. Die einzige Aufgabe des Controllings ist es, dafür zu sorgen, dass der vorgegebene Kostenrahmen eingehalten wird. Unklar ist nun auch, ob die bereits bewilligten Zuschüsse überhaupt noch in Anspruch genommen werden können oder durch die Verzögerung wegfallen.“

Haushaltsrede 2011 von Ekaterini Lemm im Lemgoer Rat

Die Stadt Lemgo hat weniger ein Ausgabenproblem, die Stadt Lemgo hat ein Einnahmeproblem.

In den vergangenen Jahren wurde in allen Bereichen, die in der Hoheit der Stadt liegen, gekürzt. Gleichzeitig hat die Ratsmehrheit allen Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt tief in die Taschen gegriffen. Grundsteuern wurden erhöht, Beiträge und Entgelte für kommunale Leistungen, alles zu Lasten unserer Bürger, um den Haushalt konsolidieren. **Halten Sie das für eine sozial gerechte Kommunalpolitik?**

Mein Antrag auf Prüfung, ob der Gewerbesteuerhebesatz angehoben werden könnte, wurde pauschal mehrheitlich abgelehnt. Nun liegt Ihrerseits ein Antrag vor, den Hebesatz für das nächste Jahr auf dem aktuellen Niveau zu belassen! Sie alle wissen, dass Gewerbesteuern nur auf ausgewiesene Gewinne der Betriebe und Unternehmen erhoben werden. Es wird also bei einer Anhebung kein Betrieb, dem es schlecht geht, belastet.

Trotzdem weigern Sie sich in diesem Rat mehrheitlich, die Betriebe und Unternehmen, die stattliche Gewinne erzielen, mit einer moderaten Anhebung an den kommunalen Kosten zu belasten.

Wundert es Sie, wenn ich das als Lobbyismus bezeichne?

Ich betone deshalb meine Ausgangsthese: Das Defizit im Haushalt ist ohne erhebliche Einnahmeverbesserung nicht auszugleichen. Das ist ein Teil der schwierigen Haushaltsslage, der Hausgemachte, der darin besteht, dass das Geld nicht dort eingenommen wird, wo es vorhanden ist. Sie belasten lieber diejenigen, die ohnehin wenig haben und verweigern eine Belastung derjenigen, die viel haben. Ein anderer Teil ist Folge der Bundes- und Landespolitik und dafür können Sie nichts in dieser Stadt, aber es sind Ihre Landes- und Bundesfraktionen, die auf den höheren Ebenen genau diese Politik so wie Sie umsetzen.

Durch Steuersenkungen für Unternehmen, Besserverdienende und Reiche, angefangen von der Senkung der Körperschafts- und Einkommenssteuer durch Rot-Grün bis zum so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz von

Schwarz-Gelb, hatten die Städte und Gemeinden massive Einnahmeausfälle. Da gleichzeitig den Kommunen immer mehr Aufgaben aufgebürdet wurden, stimmt die Finanzausstattung derzeit vorne und hinten nicht.

Leider sind die höheren Zuwendungen, die die neue Rot-Grüne Landesregierung beschlossen hat, nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb ist es, wie die LINKE Landtagsfraktion fordert, umso wichtiger, die Verbundquote wieder zu erhöhen. Nicht zuletzt hieran wird sich zeigen, wie ernst es Rot-Grün mit der finanziellen Entlastung der Kommunen meint. Persönlich halte ich es übrigens nicht für ein Naturgesetz, dass Politikerinnen und Politiker, sobald sie im Landtag oder im Bundestag sitzen, gegen die Interessen ihrer eigenen Städte Politik machen. Vielleicht sollten die Stadtverbände mal ein wenig mehr Druck ausüben. Immerhin stellen sie die Kandidaten auf.

Wem oder was fühlt man sich aber verantwortlich?

Den Menschen in dieser Stadt? Wohl kaum, denn mit der Anhebung der Grundsteuer B werden alle Haushalte belastet, unabhängig von ihrem Einkommen.

Den städtischen Beschäftigten? In Anbetracht des Stellenabbaus in den vergangenen Jahren in der Kernverwaltung, kann das niemand ernsthaft behaupten.

Wie sieht das bei den freien Trägern, Vereinen und Verbänden aus? Ebenfalls Fehlanzeige, denn auch in diesem Bereich haben sich mehrheitlich die Ratsmitglieder für pauschale Kürzungen ausgesprochen.

Nur ein paar Beispiele:

- Die hauswirtschaftliche Sperre des Kämmerers über 10% der freiwilligen Leistungen für den Sportbereich spart 20 000 Euro;
- Die Einsparung bei Mieten und Pacht für Obdachlosenunterkünfte beläuft sich auf 6000 Euro;
- Der Ansatz über Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist um 45 000 Euro gesenkt worden;
- Sie gehen davon aus, dass es weniger Wohngeldempfänger geben wird und wollen ca. 200 000 Euro einsparen;
- Durch die Erhöhung der Abfallgebühren sollen ca. 440 000 Euro Mehreinnahmen erzielt werden;
- Durch die Erhöhung der Bauerlaubnisgebühren wollen Sie 50 000 Euro mehr einnehmen;
- Bei der Stadtbücherei sind 6100 Euro Mehreinnahmen angesetzt;
- Im Stadtarchiv wollen Sie durch Stellenabbau unterm Strich 30 000 einsparen.

Das sind nur ein paar Beispiele für die sozial unausgewogene Politik in dieser Stadt.

Sie greifen allen Bürgern immer tiefer in die Taschen und bauen gleichzeitig Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ab. Dieses Vorgehen begründen Sie mit dem strukturellen Defizit, das sich bis 2014 auf mehr als 40 Mio. Euro summieren soll. Deshalb sollen die Bürger den „Gürtel enger schnallen“. Die Unternehmen haben Sie davon ausgenommen.

Aber ich frage mich, wenn diese Stadt ein jährliches Defizit von rund 8 Mio. Euro hat, wie kommt es dann dazu, dass die Schulden abgebaut werden?

Bis 2014 sieht der Finanzplan einen Schuldenabbau bei der Stadt und den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen um fast 20 Mio. Euro vor. Die negative Nettoneuverschuldung beläuft sich allein in diesem Jahr auf immerhin fast 2,5 Mio. Euro. Also, wenn ich monat-



Ekaterini ist seit 2009 Ratsmitglied für die Partei DIE LINKE im Rat der Alten Hansestadt Lemgo und Sprecherin des Stadtverbandes

lich 1000 Euro ausgabe, aber nur 900 Euro Einkünfte habe, steht am Monatsende kein Plus von 100 Euro auf meinem Konto!

An dieser Stelle kommen wir zur dritten Ursache der miserablen Finanzsituation der Kommunen, dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF).

Ein Teil des strukturellen Defizits ist aufgrund der Abschreibungen und anderer buchhalterischer Tricks im NKF lediglich ein bilanzielles Defizit.

Es wird Sie nicht verwundern, wenn ich unterstelle, dass dies bei Einführung des NKF beabsichtigt war. Vor allem CDU und FDP treiben den Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge voran, weil wir uns das angeblich nicht mehr leisten können. Das schmücken sie mit dem hehren Begriff der „Intergenerationengerechtigkeit“. Bei genauem Hinsehen entpuppt sich jedoch so Einiges als Mogelpackung.

Es wird Sie deshalb nicht verwundern, wenn ich diesen Haushaltsentwurf ablehne. Sozial gerecht geht anders!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Info-Stand DIE LINKE zu Kinderarmut in Detmold

Fünf Jahre auf ein Fahrrad sparen?

Im November führte der Detmolder Stadtverband der Partei DIE LINKE einen viel besuchten Informationsstand zum Thema Kinderarmut in Detmold durch. DIE LINKE hat damit sichtbar gemacht, dass in Detmold ca. 2900 Kinder von der Grundsicherung leben.

Überwiegend handelt es sich um Kinder aus Hartz-IV-Familien. Das bedeutet 2900-mal Mangel an gesunder Ernährung, Kleidung aber auch Bildung, Kultur, Spaß und besonders auch gesellschaftlicher Integration. Kinder entwickeln in solchen Lebenssituationen bereits sehr früh ein Gefühl der Wertlosigkeit, des Ausgegrenztseins. Vielen von ihnen bleiben diese Gefühle ein Leben lang erhalten.

Ein Fahrrad, für andere eine Selbstverständlichkeit, müssen sie, so verlangt es das Gesetz, erst über viele Jahre ansparen. Auch dann ist, wenn überhaupt, nur ein Gebrauchttes drin. Für Kleidung und Ernährung reicht es hinten und vorne nicht. Die im Regelsatz enthaltenen entsprechenden Pauschalen von 21 - 28 € pro Monat für Kleidung und Schuhe sowie rund 2,10 € pro Tag für Nahrung kriti-



siert der Detmolder Stadtverband als völlig realitätsfern.

Lothar Kowelek, Ratscherr der LINKEN in Detmold: 'Wir halten all das für einen Skandal. In einem der reichsten Länder der Welt müssen immer mehr Kinder auf Almosen der ehrenamtlichen Sozialfürsorge wie Tafeln zurückgrei-

fen, um überhaupt über die Runden kommen zu können.'

DIE LINKE fordert eine sofortige Anhebung des Regelsatzes auf 500 Euro monatlich. Besonders auch die Regelsätze für Kinder sind deutlich anzuheben. Ihr tatsächlicher Bedarf ist gezielt zu ermitteln.

Sparpaket der Bundesregierung

Detmold verweigert die Annahme!

Detmold 2010-10-10 Die wirtschaftlich ohnehin Schwachen werden durch die Kürzungsmaßnahmen drastisch geschröpft, die Starken dagegen konsequent geschont. „Das wollen wir unmöglich so hinnehmen“, so Ratscherr Lothar Kowelek, DIE LINKE. Detmold.

„Im Namen der Detmolder Bevölkerung verweigert DIE LINKE. daher die Annahme des Sparpakets! Mit dem Vermerk „Zurück an Absender“ haben wir am vergangenen Sams-

tag das Kürzungspaket symbolisch der Detmolder Post überreicht. DIE LINKE. Detmold schließt sich damit den bundesweiten Aktionen von Parteien und Gewerkschaften gegen Sozialabbau an.“

Im Rahmen des Sparpakets der Bundesregierung sollen allein Arbeitslose und Hartz-IV-Betroffene schon 37 % der Einsparungen aufbringen. Angestellte und Beamte beim Bund werden weitere 22 % der Kürzungen hinnehmen müssen. Rechnet man hinzu, dass die Industrie etliche Abgabenerhöhungen sicher an die Verbraucher weiterrei-

chen wird, dann werden einfache Bürgerinnen und Bürger zu 71 % zur Kasse gebeten. Evelin Menne, Stadtverbandssprecherin DIE LINKE. Detmold erklärt: „Menschen in Armut, Familien, Arbeitnehmer, aber auch einmal mehr die Kommunen sollen für die Zockereien der Banken die Zeche zahlen. Da macht Detmold nicht mit. Wir wissen von vielen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, dass sie die im Sparpaket enthaltenen Zumutungen keinesfalls wollen. Der Empörung all dieser Menschen wollten wir durch unsere Aktion Ausdruck verleihen.“



Impressum

Kreisverband DIE LINKE. Lippe
Exterstraße 9, 32705 Detmold,
E-Mail: kontakt@dielinke-lippe.de
Telefon: 05231-3028600

Bürozeiten:

Dienstag u. Donnerstag 12-14 Uhr,
Montag u. Freitag 15-19 Uhr,
Dienstag bis Donnerstag 17-19 Uhr,
Samstag 11 - 14 Uhr

V.i.S.d.P.: Gerd Detering

DIE LINKE.LIPPE

Fälschung der Arbeitslosenstatistik an der Tagesordnung Schönrechnen ist eine Kunst ...

... Kunst kommt von Können! Und die Bundesregierung kann 's! Da macht die eine Ministerin ihrem Namen (fast) alle Ehre und lässt die üblichen gemurksten Zahlen über Arbeitslosigkeit von der Leier. Und das Brüderle frohlockt schon wieder in Richtung Vollbeschäftigung.

Aber im Ernst: Ohne an dieser Stelle von der - fehlenden - (Überlebens-)Qualität vieler Jobs zu sprechen, muss der Hinweis erlaubt sein, dass weiterhin viele Arbeits-

lose nicht mitgezählt werden und somit auch nicht in die offizielle Statistik einfließen. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen im Monat Oktober 2010 ist - unter Berücksichtigung der Angaben der Agentur für Arbeit - mit 4,1 Millionen Menschen anzugeben und keinesfalls mit 2,95 Millionen

Unterschlagen wurden:

- 360.000 Bezieher von Arbeitslosengeld II, älter als 58 Jahre,

- 544 Bezieher von Arbeitslosengeld I, älter als 58 Jahre,
- 328.472 Ein-Euro-Jobber,
- 212.322 Arbeitssuchende in beruflicher Weiterbildung,
- 47 Menschen in Trainingsmaßnahmen,
- 185.670 Menschen in Maßnahmen der beruflichen Eingliederung und Aktivierung,
- 29.042 Menschen mit Beschäftigungszuschüssen bei angenommener schwerer Vermittelbarkeit,

- 2.248 Menschen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und
 - 26.518 kranke Arbeitslose.
- Das macht insgesamt ca. 1,15 Millionen, die nicht gezählt wurden! Zusammen mit den ‚Offiziellen‘ sind das ca. 4,1 Millionen Arbeitslose in Deutschland.

Notwendiger Hinweis: Mit jeder einzelnen Zahl ist auch ein menschliches Schicksal verknüpft. Zeit zu Handeln, statt schönrechnend daherzuquatschen!



Flüchtlinge in Detmold: „Endlich passiert was!“

Im Februar 2010 stellte DIE LINKE im Rat der Stadt Detmold Anträge zur Verbesserung der menschenunwürdigen Unterbringung in den Flüchtlingsunterkünften im Stratenweg in Pivitsheide sowie in der Heldmannstrasse. Im Rahmen einer Kontaktaufnahme mit den betroffenen Bewohnern der Unterkünfte waren eklatante Missstände festgestellt worden.

So mussten vierköpfige Familien teilweise in einem weniger als 16 m² großen Zimmer leben. In sanitären Gemeinschaftsräumen fehlten z. T. Warmwasseranschlüsse, in den Gemeinschaftsküchen gab es überhaupt keine entsprechenden Anschlüsse. Es gab so wenige Duschen, dass die Bewohner Schlange stehen mussten.

Die Stadt Detmold wurde aufgefordert, die Missstände umgehend zu beseitigen. Kern der Anträge war allerdings, dass den Betroffenen schnellstens der Umzug aus den Flüchtlingsunterkünften in Privatwohnungen ermöglicht

werden sollte. Nur so können die Flüchtlinge sich menschenwürdige, selbst bestimmte Lebensgrundlagen schaffen. Darüber hinaus gibt es durchaus auch Kostengründe für eine dezentrale Unterbringung. Es schien und scheint sicher, dass Privatwohnungen für die Stadt Detmold günstiger sind als die bisherigen Gemeinschaftsunterkünfte.

Rat sah keinen dringenden Handlungsbedarf

Trotzdem die Vertreter des Stadtverbands DIE LINKE eindringlich an den Rat der Stadt Detmold appellierten, sah der in seiner Sitzung am 25.3.2010 keinen dringenden Handlungsbedarf, die Unterkunftssituation für Flüchtlinge in Detmold wenigstens durch geeignete Maßnahmen zu mildern. Die Anträge gingen an den zuständigen Ausschuss. Die entsprechende Sitzung des Sozialausschusses fand jedoch erst am 29. Juni 2010 statt.

Derweil mussten die Bewohner der Flüchtlingsheime weiterhin in ihrer unwürdigen Unterkunftssituation klarkommen.

Im Sozialausschuss Ende Juni

musste sich das Ratsmitglied Lothar Kowelek einiges anhören.

Vertreter der CDU meckerten über die Beschreibung der Flüchtlingsunterkünfte als menschenunwürdig und begründeten das allen Ernstes mit Bundeswehrosoldaten, die in ihren Kasernen ja z. T. ebenso beengt, wenn nicht noch beengter wohnen würden. Auffällig zeigten sich auch Vertreter der Grünen, die der LINKEN einen „schlechten politischen Stil“ vorwarfen, da die LINKE sich nicht an ihren Antragsverzögerungsstrategien beteiligen wollte. Die Grünen wollten die Angelegenheit nämlich erst in der so genannten Perspektivkommission besprechen. Ordnung muss sein! Dies hat sie aber nicht gehindert, die schließlich denn doch erfolgte Verbesserung der Zustände in ihrer Zeitung als eigenen politischen Erfolg zu verbuchen. Mal ganz zu schweigen davon, dass diese Zustände schon seit Jahren bestehen, ohne dass die Grüns je was daran geändert hätten, ... !

Erst in der Ratssitzung am 8.7.2010 wurde mehrheitlich ein Beschluss gefasst, der den Anträgen

der LINKEN nah kam. Allerdings sollten die Umzüge in Privatwohnungen mit einjähriger Verzögerung, also erst Sommer 2011 beginnen. Ein Antrag der LINKEN auf sofortige Umsetzung wurde abgelehnt.

Gutes Ende in Sichtweite

Ende 2010 wurde auf Anfrage des Ratsmitglieds Lothar Kowelek mitgeteilt, dass immerhin die meisten der Unterkunftsverbesserungen durchgeführt waren bzw. kurz vor der Durchführung standen. Anfang 2011 sieht es so aus, als würden die Bewohner der Unterkünfte im Stratenweg wie geplant bald umgesiedelt in die Heldmannstrasse. Vorsorglich hatte DIE LINKE den Antrag gestellt, den Bewohnern des Stratenwegs auch vorm Sommer die Möglichkeit zu privaten Mietverhältnissen zuzugestehen. Doppelumzüge machen denn doch keinen Sinn.

Schlussendlich haben die ersten Betroffenen sich jetzt auf Wohnungssuche begeben - und zwar mindestens einmal schon erfolgreich!

Macht endlich ernst mit „Heimat ist mehr als nur ein Ort“!

Abschiebeknäste abschaffen Alle Abschiebungen sofort stoppen Sammelunterkünfte auflösen

„Ziel der lippischen Heimattage ist es, eine Verbindung zwischen altem lippischen Brauchtum (Tradition) und Aktuellem (Moderne) aus der Region herzustellen und den Heimatgedanken („Heimat ist mehr als nur ein Ort“) zu beleben. Darüber hinaus soll auch der integrative Aspekt von Heimat herausgestellt werden.“ (Zitat aus der Projektbeschreibung 2010 zum Antrag des Lippischen Landesverbandes an die Stadt Detmold auf Mitfinanzierung der lippischen Heimattage)

Soweit, so schlecht. In Detmold wurde die Förderung der Heimattage in reduzierter Höhe von 7.000 Euro anstatt der beantragten 25.000 Euro beschlossen.

Verpasste Chancen

Was aber ist genau gemeint mit dem so genannten integrativen Aspekt der Heimattage?

- Wer nun glaubt, dass hier die Chance genutzt wurde, um Migrantinnen und Migranten, die schon lange in Lippe wohnen, in irgendeiner Weise am Programm für diese Veranstaltung zu beteiligen, irrt sich.
- Wer nun glaubt, dass aus Anlass der Heimattage alle Menschen, die erst seit kurzem einen deutschen Pass haben, in ihrer neuen

Heimat offiziell vom Landesverband oder Landrat begrüßt und in Lippe willkommen geheißen werden, irrt sich.

- Wer nun glaubt, dass bei dieser Gelegenheit Flüchtlinge, die ihre alte Heimat durch schreckliche Ereignisse verloren haben, die persönlich oftmals Grauenhaftes erlebt haben, und die bei uns Hilfe suchen mussten, an einem solchen Fest als Ehrengäste teilnehmen dürfen, weil Heimat schließlich mehr als nur ein Ort ist, irrt sich auch.
- Wer nun aber glaubt, dass Landesverband, Kreis Lippe und Stadt Detmold gemeinsam bei einer so guten Gelegenheit wenigstens in einen Wettbewerb um die allerbeste Integrationsarbeit treten, und dass sie sich allesamt darum reißen, humanitär vorbildlich die eigenen, selbst formulier-

ten und oftmals beschworenen Zielsetzungen zu verwirklichen, irrt sich sogar ganz gewaltig.

Das Programm der Heimattage war wie erwartet hausbacken und volkstümlich und ließ in keiner Weise erahnen, dass die lippische Kultur und Heimat als eine Kultur und Heimat aller hier lebenden Menschen begriffen wird. Insofern sind selbst 7000 Euro noch zu viel für ein Programm, das nicht hält, was es verspricht.

Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander

Das Scheitern an dieser selbst gestellten und ausformulierten Aufgabe findet aber leider daneben, in der realen Welt der Migrantinnen und Migranten, immer wieder eine Entsprechung. Ein politischer Wille der Entscheidungsträger zu echter Integration, die eine Inklusion sein sollte, ist nicht zu erkennen. Anspruch und Wirklichkeit sind leider im Landesverband, im Kreis und in der Stadt weit entfernt voneinander!

Evelin Menne, Sprecherin der LINKEN in Detmold, fordert daher im Namen des Stadtverbandes, dass die Abschiebehaft ebenso



Evelin Menne,
Sprecherin Stadtverband DIE LINKE.
Detmold, menne@dielinke-lippe.de

wie die derzeitige Abschiebep Praxis sofort abgeschafft wird. Die Praxis der Stadt Detmold zeigt zudem am Beispiel der Flüchtlingsunterkünfte, dass ein Wille zu echter Integration nicht vorhanden ist:

„Anstatt darauf zu beharren, dass die meisten der rund 200 Flüchtlinge in Detmold weiterhin in den Sammelunterkünften untergebracht sind, sollte die Stadt beide Einrichtungen schnellstmöglich auflösen. Die Menschen leben dort bereits seit Jahren unter krankmachenden Bedingungen, unter denen wir alle nicht einmal eine einzige Woche zurechtkommen würden. Die jetzt beschlossenen Änderungen kommen viel zu spät und sind nicht weitreichend genug. Dabei spricht nichts dagegen, der Praxis anderer Städte zu folgen, allen ein dauerhaftes Bleiberecht auszusprechen. Allen Betroffenen sollte die Möglichkeit gegeben werden, in ganz normale Wohnungen zu ziehen. Erfahrungen zeigen überdies, dass eine dezentrale Unterbringung für die Stadt wahrscheinlich billiger wird.“

Dann wäre auch das Geld da, um wirklich gute Heimattage auszurichten, und für solche Heimattage wären 25.000 Euro auch richtig gut angelegtes Geld!“

Für vorerst neun Personen ist ein Ende in Sicht und der Auszug absehbar:

Flüchtlingsunterkunft Heldmannstraße in Detmold



Lothar Kowelek
ist Mitglied im Rat der Stadt Detmold für DIE LINKE.
lotharkowelek@gmx.de

Der Detmolder Stadtverband DIE LINKE.

trifft sich Montags ab 19:00 Uhr im Büro Exterstraße 9.



Des Faschos neue Kleider

Kreis Lippe Seit einigen Jahren haben Faschisten das Outfit der autonomen Linken für sich entdeckt. Sie nennen sich selbst Autonome Nationalisten. Sie missbrauchen die Begriffe Freiheit und Sozialismus. Rein schwarze Baseballcaps und Windbreaker zeichnen ihr Auftreten aus. Zur vorherigen Neonazi-Generation grenzen sie sich mit aufgesetzter Coolness ab. Statt Frakturschrift und Nazi-Oi gibt's Nationalen Rap und schwarz-weiß-rote Graffitis. Leider ist diese Fascho-Variante kein Großstadtproblem, sondern auch im Kreis Lippe zu beobachten.

In den 90er Jahren waren Neonazi-Skins die Jungs für's Grobe der rechtsextremen Parteien. 20 Jahre später machen sich immer noch meist junge Menschen für so eine Hassideologie die Hände schmutzig und den Verfassungsschutz auf sich aufmerksam.

Zum Beispiel Ende 2010 in Pivitsheide: Neben NS-Symbolen entlang der Bielefelder Straße sprayten Unbekannte eine mit Hakenkreuz dekorierte Morddrohung für den lippischen Juso-Kreisvorsitzenden an die Wand einer Grundschule. Die Ermittlungen hierzu sind noch im Gange.

Neben diesen Sachbeschädigungen sind im vergangenen Jahr vermehrt autonom gekleidete Gruppen in der Detmolder Innenstadt aufgefallen, die nicht der linken Szene zuzuordnen sind.



Morddrohung in Pivitsheide

Doch auch im Internet versuchen Faschisten aus Detmold Mitläufer zu werben. Mit einem Blog hetzt ein untalentierte Autor mit rassistischen Themen und bringt durch seine Erlebnisberichte sich in den direkten Zusammenhang mit Straftaten.

Nicht nur dem Staatsschutz Bielefeld ist diese Entwicklung aufgefallen – die Linksjugend ['solid] Lippe wird mit vielen Bündnispartnern gegen jegliche Form von Rassismus und Faschismus arbeiten.

Chronologie Faschistischer Aktionen in Lippe

Juli 2010
Feier in Pivitsheide mit 60 teilnehmenden Neonazis
Wegen der Aktivitäten will die KID 2011 in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen weitere Aufklärungsarbeit leisten und auch demonstrative Aktionen in Pivitsheide bei den zuständigen Behörden anmelden.

11.08.2010
Nächtlicher Angriff auf alte Pauline
In der Nacht von Montag auf Dienstag wurden Scheiben des autonomen



Hier demonstrieren Faschisten im neuen Outfit: Äußerlich kaum von autonomen Linken zu unterscheiden, um mehr Akzeptanz bei Jugendlichen zu bekommen. Innerlich stehen sie immer noch für Hass und Gewalt.

men Kultur- und Kommunikationszentrums „alte Pauline“ in Detmold zerschlagen. Die TäterInnen hatten ein massives Holzrollo vor dem Fenster des Kneipenraumes brachial entfernt und die Fensterscheiben eingeschlagen. Ein in unmittelbarer Nähe parkendes Auto wurde ebenfalls entglast.

04.11.2010
Juso-Chef erhält Morddrohung / Graffiti an der Wand

9. November
Amtsgericht Detmold verhängt gegen zwei rechte Aktivisten eine Bewährungsstrafe und Jugendarrest. Während der Verhandlung hätten auf der Straße Neonazis die Prozessbeteiligten und Zuschauer beim Ein- und Austritt in das Gebäude beobachtet. Nach Prozess-Ende seien die Fensterscheiben und Türen der „Alten Pauline“ mit NS-verherrlichenden

Aufklebern beklebt gewesen. Nachts hätten Neonazis die Parole „Freie Kräfte Detmold“ auf die Vorderseite des Hauses gesprüht.

27. November 2010
Auf der „Andreasmesse“ griffen Neonazis, jugendliche an. Ein Angreifer warf demnach mit einer Bierflasche, ein anderer sprühte mit Pfefferspray.

15.12.2010
Am 14. Dezember 2010 mussten sich Inka und Florian Braun aus Bad Salzungen vor dem Amtsgericht Lemgo wegen Volksverhetzung und Verstoß gegen das Markengesetz verantworten.

22.12.2010
Mitteilung der KID: Seit dem 9. November ist so gut wie kein Tag und keine Nacht ohne rechte Provokationen vergangen

Die Notwendigkeit Neonazis mit Blockaden am Marschieren zu hindern Zwischen Bratwurststand und Barrikade

Neonazis brauchen Aufmärsche als Selbstbestätigung und ihr Gruppengefühl. Dieser Mechanismus ist ein Überbleibsel aus der Machtetablierung der NSDAP. Damals wurden Märsche benutzt um „auch den kleinsten Wurm das Gefühl zu geben er wäre Teil eines großen Drachens“ (sic!).

Als ob sie nicht mitbekommen haben, dass sie den Krieg verloren haben, versuchen es 70 Jahre später einige Menschen immer noch mit

der gleichen Taktik Fuß zu fassen. Den meisten Faschodemos stehen aber meist das Zehnfache an bürgerlichen, und mindestens die gleiche Menge an autonomen Gegendemonstranten gegenüber.

Der linke schwarze Block versucht dabei die Nazimärsche möglichst massiv zu stören. Gegendemonstrationen mit der örtlichen Bürgermeisterin finden dagegen meist kilometerweit vom eigentlichen geschehen statt. Effektiver

wäre es da, einen Mittelweg zu etablieren, der es allen möglich macht in Sicht- und Hörweite der Faschos zu demonstrieren. Denn wenn eine Stadt behauptet, sie hat Nazis satt, dann sollen die es auch hören.

Lässt sich flächendeckend dieser Grundkonsens einführen, wäre es ein leichtes den Faschos den Nährboden ihrer Identität zu entziehen. Und aus dem Lippenbekenntnis gegen Rechts zu sein, würde eine breite Blockade.

Linksjugend
['solid]

Basisgruppe Lippe

Infos zu Treffen, Demos und Aktionen bekommt ihr unter
Web: linksjugendlippe.blogspot.de
Mail: solid@dielinke-lippe.de
oder im LINKEN-Büro in Detmold, Exterstraße 9.

Kommentar zu Haushaltskürzungen

Wir sollen uns selbst wegekürzen!

Seit Jahren geistert durch alle Parlamente das Wort „Sparen“. Sparen drückte und drückt noch immer aus: „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“. Das nur zur Klarstellung und damit wir uns recht verstehen. Sparen ist aber nicht gemeint, denn es geht nicht ums Zurücklegen, damit in der Not was da ist. Gerne bemüht man das Wort „Sparen“, denn es klingt so freundlich. „Wenn wir jetzt gemeinsam sparen, haben wir für später“ wäre der Sinn des Begriffes. Und sei es auch nur ein Rest von politischem Handlungsspielraum. „Kürzen“ dagegen klingt brutal, böse und gemein. Aber geht es nicht genau darum? Die Frage ist nicht mehr: Wo können wir sparen? sondern: Wo müssen wir KÜRZEN!

Gerade in den letzten Wochen bemühen sich die kommunalen Gremien, in ihren Haushaltsentwürfen den immer weniger werdenden Haushaltsmitteln gerecht zu werden. Wohl gemerkt, nicht die Kämmerer sind Schuld, sondern Entscheidungen an anderer Stelle und die so genannte Wirtschaftskrise, zu deren Bewältigung Mittel in Größenordnungen zur Verfügung gestellt werden, die normale Menschen nicht mehr erfassen oder sich vorzustellen vermögen.

Unten, vor Ort, in den Gemeinden, bei den Menschen kommt nur an: Es ist kein Geld mehr da.

Leute keine Sorge, es ist noch da, nur wird es für andere Dinge verwendet. Es ist bei Banken, für deren Sanierung, bei Energiekonzernen, bei den Konzernen der Pharmaindustrie und Mineralölwirtschaft und auf den regulären und geheimen Konten der Nutznießer. Und jetzt geht bei uns der Wettbewerb los, wer am besten sparen kann. Doch Halt, das hatten

wir doch schon: Es geht nicht darum zu sparen, sondern immer ums KÜRZEN, so brutal es auch klingt.

Und dann kommen die Fachleute. Sie sagen uns, wir haben Pflichtaufgaben zu finanzieren und darüber hinaus freiwillige Leistungen. Nein, die Pflichtaufgaben sind Pflicht, da können wir nicht ran, kürzen können wir nur bei den freiwilligen Leistungen.

Zu den freiwilligen Leistungen gehören dann:

Beratungsstellen für sozial schwache Menschen, oft Eltern, Trainer für Kinder in den Sportvereinen, Sporthallenbenutzung, Badeanstalten, Fahrkarten für Schüler, Kindergartenplätze, Über-Mittag-Betreuung in den Ganztagschulen, Mittagessen für Schulkinder, Jugendzentren, Altentreffs, öffentlicher Personennahverkehr, Schulmittel, SozialarbeiterInnen in den Schulen, Stadtreinigung, öffentliche Grünanlagen, und noch vieles Andere mehr.

Wenn man sich dann die Liste anschaut, fällt einem auf, dass mit kleinen Ausnahmen fast nur Kinder bzw. deren Eltern von den KÜRZUNGEN betroffen sind. Einerseits wird beklagt, dass die Geburtenrate immer weiter sinkt, andererseits sind immer Eltern von den KÜRZUNGEN betroffen, sei es, dass Leistungen immer mehr REDUZIERT oder NICHT mehr angeboten oder durch die KÜRZUNGEN immer mehr Kosten auf die Eltern abgewälzt werden.

Aber ist es tatsächlich politischer Handlungsspielraum, den die Kommunen, Kreise und Städte auf diese Weise gewinnen? Wenn erst mal alle freiwilligen Leistungen der öffentlichen Hand auf die Kassen der Familien abgewälzt sind, bleibt immer noch ein Loch in der Kasse, das nicht mehr durch Kürzungen ausgeglichen werden kann. Auch die oft geäußerte Erwartung, dass bei einem Wirtschaftsaufschwung der Handlungsspielraum wieder größer werden könnte, ist meines Erachtens Augenwischerei.

Es geht ums Ganze. Die Gesellschaft soll verändert, der Staat - also wir - der politischen Mitsprache beraubt, alle gesellschaftlichen Ressourcen der Plünderung durch private Gesellschaften preisgege-

ben werden. Hierbei immer nach dem Motto Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren.

Glauht denn tatsächlich irgendjemand, dass, wenn es tatsächlich mal wieder aufwärts geht, die Kommunen wieder ihre politischen Selbstbestimmungsrechte in vollem Umfang zurückerhalten werden?

Zur Not gibt es die nächste Krise oder aber die politischen Sachzwänge sind so groß, dass weiterhin kein Geld für dringend benötigte Ausgaben zur Verfügung stehen wird.

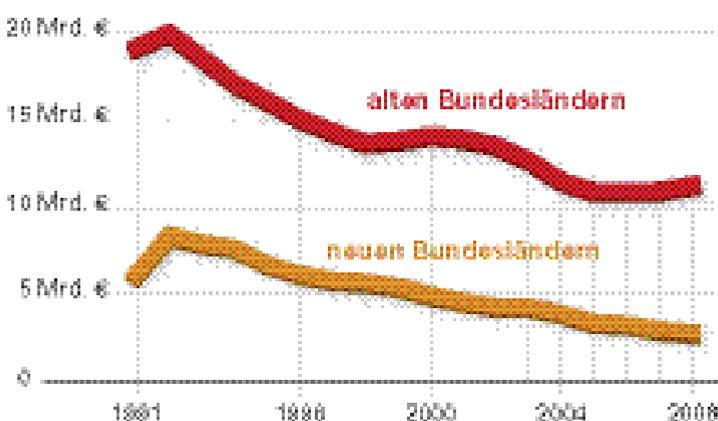
Was können wir tun?

Wir müssen es immer wieder deutlich sagen: Diese KÜRZUNGEN machen wir nicht mehr länger mit. Stattet unsere Kommunen endlich wieder mit ausreichenden finanziellen Mitteln aus. Beteiligt endlich auch wieder die Nutznießer von Krise und Ökonomie, die in den letzten 10 Jahren um mehr als 5% reicher geworden sind, an den gesellschaftlichen Kosten. Wälzt nicht weiterhin alle Kosten und vor allem die zukünftigen Kosten der Bewältigung der Staatsschulden auf die ab, die in den letzten 10 Jahren bereits um mehr als 25% ärmer geworden sind. Lasst endlich die Nutznießer der Krise ihre Bewältigung bezahlen und nicht uns.

Große Aufgaben für Kommunen

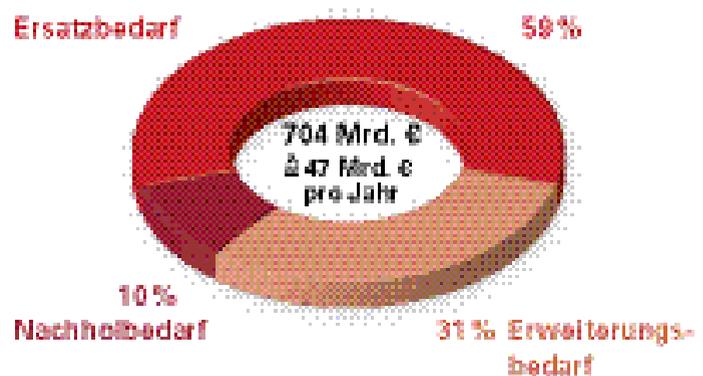
Investitionen in der Vergangenheit zurückgefahren

Ausgaben der Kommunen für Baumaßnahmen in den ...



Hoher Investitionsbedarf in der Zukunft

2006 bis 2020 müssten Kommunen ausgeben...



Investiert werden muss 2006 bis 2020 vor allem in...

	West	Ost
Straßen	118,3 Mrd. €	43,3 Mrd. €
Schulen (ohne Sporthallen)	61,1 Mrd. €	11,8 Mrd. €
Komm. Energieversorgung	51,8 Mrd. €	8,1 Mrd. €
Abwassersysteme	45,9 Mrd. €	12,4 Mrd. €
Öffentl. Personennahverkehr	30,4 Mrd. €	8,0 Mrd. €

Dilettantismus und Gesabbel ohne Ende

6 Jahre Hartz IV

Am 1.1.2005 trat das 4. Gesetz zur Modernisierung des Arbeitsmarktes „Hartz IV“ in Kraft. Der Namensvater, Ex-VW-Vorstand und SPD-Mitglied Peter Hartz, ist bereits kurz danach wegen seiner Bordellbesuche zu Fall gekommen. Die damals heftig von Rot-Grün und großen Teilen der Opposition gefeierten Gesetze sind längst genauso umstritten wie der, der sie erfunden hat. Das Desinteresse der Profitwirtschaft an Millionen Menschen, die zur Profitmaximierung einfach nicht mehr gebraucht werden, ist das Problem, nicht die angeblich fehlenden Anreize zur Arbeitsaufnahme.

Die vermeintlich bequeme soziale Hängematte für die Erwerbslosen befindet sich nur im Kopf von Westwelle und seinesgleichen.

Dennoch: Hartz wirkt.

Es wirkt, indem es Druck macht auf Arbeitssuchende, jeden noch so schlecht bezahlten Job anzunehmen. Der politisch gewollte Niedrigstlohnsektor hätte ohne Hartz IV nicht so konsequent ausgeweitet werden können. Hartz IV macht aber auch Druck auf die, die sich (noch) in einem regulären Job befinden. Sie wissen, wie schnell

auch sie in die Grundsicherung für Erwerbsfähige geraten können, meist schon nach einem Jahr des Bezugs von „normalem“ Arbeitslosengeld. Um ihren vermeintlich gefährdeten Job zu behalten, sind sie heute eher als in früheren Zeiten zu Zugeständnissen bereit. Dabei handelt es sich beispielsweise um den Verzicht auf früher selbstverständliche Arbeitnehmerleistungen wie Urlaubsgeld und Ähnliches.

Hartz wirkt auch, indem es Armut manifestiert. Besonders Kinder und Jugendliche werden von Teilhabe an Bildung, Kultur und



sozialen Bedürfnissen ferngehalten. Es ist kein Witz, dass viele von ihnen auf die Frage, was sie später einmal machen wollen, resigniert antworten: Hartz! Gewiss, verhungern muss wohl niemand von ihnen, aber mangelernährt sind die meisten. - Brot für die Welt? - Nein, Brot für Deutschland, Tafeln sind der große Renner in der ehrenamtlichen Sozialfürsorge.

Hartz IV wirkt auch, indem es zur Entsolidarisierung in der deutschen Gesellschaft erheblich beiträgt. Zunehmend mehr Menschen sind mit Fragen des täglichen Überlebens beschäftigt. Dabei sind sie weitgehend allein gelassen. Jeder/ jede sieht für sich zu, über die Runden zu kommen. Private Unterstützungsinstitutionen wie Arbeitslosenselbsthilfen sind da, so wichtig und engagiert sie sind, manchmal

nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Viele Politiker, SPD-Politiker zumal, besitzen noch heute die Kühnheit, sich selbst zu feiern und ihr Gesetz zur Modernisierung des Arbeitsmarktes. Sie sind und bleiben blind für die tiefen gesellschaftlichen Zerwürfnisse, für Angst und Resignation der Menschen in diesem Lande.

Das zeigen besonders die unsäglichen Alternativen, die im Vermittlungsausschuss seit Monaten diskutiert worden sind. Als ob es wirklich die „Armut per Gesetz“ aufheben würde, wenn 11 statt 5 Euro mehr im Monat gezahlt werden!

Nur wir, DIE LINKE, sind die parteipolitische Kraft, die die Abschaffung der Hartz-Gesetze fordert. Und das gilt heute ebenso wie morgen.

Termine DIE LINKE.Lippe März bis August 2011

(Kurzfristige Änderungen/ Ergänzungen vorbehalten!)

Datum	Veranstaltung/ Versammlung/Aktion
16.03.11	Veranstaltung: „Wer ist die Linke?“ um 19:00 Uhr in Lage im Bier- und Kartoffelhaus, Bergstraße 32
23.03.11	„Nichts ist gut in Afghanistan“ - Der Krieg beginnt in der Senne, Veranstaltung um 19:30 Uhr in Bad Lippspringe in der Gaststätte „Zur Post“, Detmolder Str. 117
24.03.11	Informationsveranstaltung zum Zensus 2011, um 19:30 Uhr in Detmold, Alte Schule am Wall
29.03.11	Sitzung Kreistagsgruppe
31.03.11	AK Antiprivatisierung (Kulturveranstaltung) „Water Makes Money“ im Büro in Detmold
02.-03.04.11	Exterstraßenfrühlingsfest mit Tag der Offenen Tür in unserem Detmolder Büro
07.04.11	Diskussion Programmwurf 2, Bildungs-/ProgrammAG, 19:00 Uhr im Büro in Detmold
09.04.11	„Aktionstag Kommunal Finanzen“ mit Schwerpunkten in Detmold und Lemgo

Datum	Veranstaltung/ Versammlung/Aktion
12.04.11	Sitzung Kreistagsgruppe, im Kreishaus Detmold
14.04.11	Kreisvorstandssitzung, im Büro in Detmold
16.04.11	Kreismitgliederversammlung (Zeit und Ort ?) Kreisverband
23.04.11	Beteiligung am Ostermarsch 2011 in Hövelhof
Mai	Redaktion (Zeitung LINKS-DRUCK 2) Redaktionsteam
Mai	Vorbereitung und Durchführung 1.Mai - Infostand
Mai	AK Antiprivatisierung (Kulturveranstaltung) (Termin?) KV/Arbeitsgruppe
Mai	Bildungsveranstaltung Grundlagen (Kampagnen/Organisation), Bildungs-/Progr.-AG
10.05.11	Sitzung Kreistagsgruppe
12.05.11	Kreisvorstandssitzung
24.05.11	Sitzung Kreistagsgruppe
26.05.11	Kommunalpolitischer Arbeitskreis KV/Arbeitsgruppe

Datum	Veranstaltung/ Versammlung/Aktion
Juni	Redaktion (Zeitung LINKS-DRUCK 2) Redaktionsteam
Juni	Bildungskongress von unten, Bildungs-/ProgrammAG
Juni	Vorbereitung und Planung Kulturfest - Arbeitsgruppe
07.06.11	Sitzung Kreistagsgruppe
09.06.11	Kreisvorstandssitzung
21.06.11	Sitzung Kreistagsgruppe
Juli	AK Antiprivatisierung (Kulturveranstaltung) (Termin?) KV/Arbeitsgruppe
Juli	Diskussion Programmwurf 3 Bildungs-/ProgrammAG
Juli	Redaktion (Zeitung LINKS-DRUCK 3) Redaktionsteam
05.07.11	Sitzung Kreistagsgruppe
14.07.11	Kreisvorstandssitzung Kreisvorstand
16.07.11	Kreismitgliederversammlung (Vorstandswahlen) (Ort?) Kreisvorstand
19.07.11	Sitzung Kreistagsgruppe